

Terror im Namen der Tiere

„Letzte Warnung an die Gesellschaft“: Die Organisation Peta geht immer militanter gegen missliebige „Tiernutzer“ vor

VON CAROLA BOSE-FISCHER

Hannover/Hamburg. Ihr Protest war zunächst friedlich. Die Gegner des geplanten Tierimpfstoffzentrums der Firma Boehringer in Hannover besetzten die Baustelle und bauten ein Hüttendorf. Dann griffen die Tierschützer auch zu härteren Mitteln der Auseinandersetzung. Kühltransporter eines Feinkosthändlers gingen in Flammen auf, Wacheleute wurden mit Steinen beworfen. Wenn Gewalt ins Spiel kommt, stehen hinter den Aktionen kaum die bekannten Tierschutzorganisationen. Es sind vielmehr die sogenannten Tierrechtler, für die der gute Zweck jedes Mittel heiligt. Zu dieser Gruppe zählen sich vor allem die Anhänger der Organisation Peta.

Manchmal verzichten die Militanten auf Gewalt und bedienen sich nur hinterhältiger Methoden. Zu Ralf Remmert kamen sie angemeldet und am helllichten Tag – aber gut getarnt. Der aus Niedersachsen stammende Landwirt betreibt mit zwei Kollegen die Prignitzer Landschwein GmbH in Brandenburg. Die drei Landwirte züchten, mästen und schlachten Schweine im großen Stil. Wem Remmert da im Mai 2008 arglos die Tür öffnete, ahnte er nicht.

Die Anfrage für eine Dreherlaubnis in seinem Betrieb war von dem Spartensender Tier TV gekommen, der der United Screen Entertainment gehört. Die Berliner Firma betreibt digitale TV-Kanäle, die sich an ausgewählte Zielgruppen wie Tierhalter und Tierfreunde wenden. Tier TV wollte einen Bericht über die umstrittene Ferkelkastration bringen.

In Deutschland werden jedes Jahr rund 22 Millionen Ferkel kastriert, um das Entstehen des typischen Ebergeruchs zu verhindern. Nach dem Tierschutzgesetz dürfen den Tieren bis zum Alter von sieben Tagen ohne Betäubung die Hoden entfernt werden. Gegen diese legalisierte Quälerei als Auswuchs der Massentierhaltung kämpft der Deutsche Tierschutzbund, größte Tierschutzorganisation in Europa, seit Jahren – und hat immerhin erreicht, dass die EU-Kommission endlich ein Verbot erarbeitet.

Auch in Remmerts Betrieb werden Ferkel kastriert, mit schmerzstillenden Mitteln, wie erklärt wird. Weil er auf ein Verbot und damit auf schonendere Alternativen hofft, versprach sich der Landwirt durch den Fernsehbeitrag zusätzlichen Druck auf die Politik – ein naives Ansinnen, wie sich herausstellen sollte.

Ein Teil des Filmmaterials von Tier TV wurde dem Verein Peta Deutschland und der mit ihm kooperierenden „Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt“ zugespielt. Peta Deutschland ist ein Ableger der größten amerikanischen Tierschutzorganisation „People for the ethical Treatment of Animals“ (Peta). Auch die Stiftung hat sich der Förderung der Tierrechte verschrieben, ihr Präsident Wolfgang Schindler tritt in Gerichtsverfahren als Rechtsanwalt von Peta auf.

Die Filmausschnitte über das Abtrennen der Hoden bei den Ferkeln wurden offensichtlich so zusammengeschnitten, dass sich nicht nur jedem Tierfreund beim Ansehen des via Internet verbreiteten neuen Films der Magen umdrehen musste. Mit dem nach Angaben der Prignitzer Landschwein GmbH „manipulierten“ Bildmaterial als Beweismittel stellten die Tierrechtler auch Strafanzeigen gegen das Unternehmen wegen Verstoßes gegen das Tierschutzgesetz. Die Staatsanwaltschaft Neuruppin stellte das Verfahren jedoch mangels Tatverdachts ein. Wie bei etlichen Strafanzeigen gegen Unternehmen der Agrarbranche und des Handels zuvor, mit denen Peta nach eigener Darstellung für die Rechte aller Tiere kämpft.

Die Masche ist immer die gleiche: Geschickt manipulierte Bildsequenzen suggerieren, dass es in deutschen Schweine- oder Hühnerställen nur gequälte und deshalb kranke Tiere gibt. Strafanzeigen folgen auf dem Fuße.

Bei der Inszenierung vermeintlicher Skandale kooperiert Peta mit einem Netzwerk, zu dem neben der „Albert Schweitzer

Stiftung für unsere Mitwelt“ auch das „Deutsche Tierschutzbüro“ eines gewissen Ingo Schulz gehört. Nach den Recherchen dieser Zeitung fungiert Schulz als Beschaffer von Filmmaterial für Peta. Um „unentdeckt“ zu bleiben, tritt Schulz, der in Wahrheit Jan Peifer heißt, demnach unter verschiedenen Namen auf und unterhält unter der Kölner Adresse der Organisation lediglich ein „Nummernpostfach“. „Im Wege eines Pressemeldungs-Pingpongs“ samt TV-Tipp und Spendenaufruf sowie anschließender Strafanzeige arbeitet Jan Peifer alias Ingo Schulz alias Thomas Wegteck alias Thomas Sailer eng mit Peta zusammen, wie ein Insider berichtet.

Petas Kampf vor den Gerichten ist zumeist erfolglos und kostet hohe (Spenden-)Summen, auch wenn das Edmund Haferbeck, promovierter Agrarwissenschaftler und „wissenschaftlicher Berater“ von Peta, bestreitet. „Nicht ein einziges Gericht“ habe die „Undercover-Aufnahmen“ von Peta über „bestialische Massentierhaltung“ als „manipuliert“ angesehen, erklärt er gegenüber dieser Zeitung. Die Dokumente, die dieser Zeitung vorliegen, beweisen das Gegenteil.

Doch darüber ist auf den Internetseiten von Peta & Co. nichts zu finden. Warum auch? Das Ziel ist in jedem Fall erreicht: mediale Aufmerksamkeit, auch in den öffentlich-rechtlichen Sendern. Sie beschert den Tierrechtlern wachsenden Zulauf an Sympathisanten und Spenden, die laut Haferbeck komplett für Kampagnen und zur Werbung für vegetarische Ernährung verwendet werden.

„Wir vermarkten das Mitgefühl mit den Mitgeschöpfen“, sagt Haferbeck offen. Mit Erfolg. Ein Herz für Tiere hat fast jeder. Dass es unappetitliche Missstände in der industrialisierten Massentierhaltung gibt, belegen zudem Skandale wie die BSE-Krise – wenigstens das die wenigsten abhält, auf Schnitzel oder Bratwurst zu verzichten. Vor allem Prominenten lassen sich gerne als Sympathieträger einspannen. Internationale Stars wie Elton John, Paul McCartney oder Britney Spears sind darunter, in Deutschland etwa Udo Lindenberg, Petra Gerster, Dirk Bach oder 96-Torhüter Robert Enke. Glaubt man Haferbeck, der vor Kurzem als Fraktionsgeschäftsführer der Grünen im Schweriner Stadtrat zurücktrat, drängen sie sich quasi als nützliche Idioten auf für „die gute Sache der Tierrechte“ und verschaffen damit den Tierrechtlern noch mehr Aufmerksamkeit – und Einfluss zulasten der seriösen Tierschützer.

In den USA wird Peta die Unterstützung der Tierterroristen von Animal Liberation Front nachgesagt. In Deutschland bedient sich die Schwesterorganisation ihrer „15.000 bis 20.000 Aktivisten“, um mit Randalen Angst und Schrecken bei den „Tiernutzern“ zu verbreiten. Einige drängen auch bei dem Landwirt Remmert gewalttätig ein und bedrohen einen Mitarbeiter mit einem Messer. Dass es von der Polizei als Attrappe identifiziert wurde, ändert an der Absicht nichts: Terror „gegen jegliche Nutzung von Tieren“, wie Peta fordert.

Parallel dazu betreiben die Fanatiker das „Spiel mit den Medien“, um „das Establishment zu unterwandern“, wie Haferbeck die Peta-Strategie beschreibt. Wie gut es funktioniert, zeigt die Peta-Kampagne „Holocaust auf Ihrem Teller“ von 2003, garniert mit dem menschenverachtenden Zitat der Peta-Präsidentin Ingrid Newkirk: „In den Konzentrationslagern starben sechs Millionen Juden, aber sechs Milliarden Hühner werden in diesem Jahr in Schlachthäusern sterben, um als Brathähnchen zu enden.“ Der Zentralrat der Juden klagte wegen dieses den Massenmord an den Juden herabsetzenden Vergleichs. Der Streit ging bis zum Bundesverfassungsgericht, vor dem Peta unterlag.

Trotzdem war er für Peta ein medialer Coup, der laut Haferbeck Mitgliederzahlen und Spenden steigen ließ. Und er war, kündigt Haferbeck an, „die letzte Warnung an die Gesellschaft“, sonst sei eine „Al Qaida für die Tiere nicht mehr zu verhindern“.



Die harmlose Seite: Die Peta-Werbung für vegetarischen Lebensstil mit Pamela Anderson kommt vergnüglich daher.



Die schockierende Seite: Mit drastischen Methoden protestieren Peta-Anhängerrinnen in Hannover gegen die Pelzindustrie.

Archiv (3)

Vorrang für Hunde und Heuschrecken

VON MARGIT KAUTENBURGER

Ihre Aktionen richten sich gegen Mediziner, Pharmazeuten, Zoologen, gegen Fleischereien, Angler, Pelzhändler oder Zirkusbetriebe – kurz gegen alle, die mit Tieren arbeiten oder von ihnen leben. Sogar Barack Obama ist schon ins Visier der Tierrechtler gerückt. Als er vor laufenden Kameras eine Fliege erschlug, meldeten sich sofort Anhänger der Organisation Peta und forderten vom US-Präsidenten mehr Herz für Fliegen. „Wir wollen Mitgefühl sogar mit den neugierigsten, kleinsten und unsympathischsten Tieren“, sagte ein Peta-Sprecher.

Nicht selten greifen Tierrechtler allerdings zu härteren Methoden, wenn es um die Verteidigung der Rechte der Kreatur geht. Dann werden die Scheiben von Fleischläden zertrümmert, gehen Versuchslabore in Flammen auf, erhalten Forscher unverhohlene Morddrohungen. In Großbritannien gelang es Tierrechtlern Anfang 2002 sogar eines der weltgrößten Unternehmen für unabhängige Tierversuche, die Forschungsfirma Huntingdon Life Sciences, aus dem Land zu vertreiben.

Beobachter der Szene registrieren eine Radikalisierung. Da spricht der Chefdirektor von Peta Deutschland, Edmund Haferbeck, von „Täterbranchen“, die die Menschen über ihren Umgang mit Tieren „belügen und betrügen“. Gegen sie gehe Peta knallhart vor, weil diese „Tiernutzer“ ihrerseits knallhart gegen Angriffe auf ihre ökonomischen In-

teressen reagierten. „Ein Leben wird für uns immer mehr wert sein als eine aufgebrochene Tür, ein zerstörtes Versuchslabor oder ein in Brand gesteckter Fleischhaken“, schreiben Haferbeck und Frank Wieding in ihrem 1998 erschienenen Buch „Operation Tierbefreiung – ein Plädoyer für radikale Tierrechtsaktionen“.

„Der militante Kampf für die Tiere ist ein Eintreten für Gerechtigkeit.“ „Tiernutzer“ sind in den Augen von Tierrechtlern „Tiemörder“. Wissenschaftler, die Medikamente an Tieren testen, werden als Verbrecher angeprangert.

Den Tierrechtlern von Peta fliegen trotz dieser fragwürdigen, teils kriminellen Einstellung die Sympathien zu. Sie haben wachsenden gesellschaftlichen Einfluss. Vor allem das gekonnte Spiel mit den Medien hilft Peta dabei, das „tieraubeuterische Establishment“ wirkungsvoll an den Pranger zu stellen. Die Organisation trifft auch bei Journalisten oft auf Verständnis. Schließlich befördert sie eine vermeintlich gute Sache. Die tierquälereiische Haltung von Legehennen,

Rindern oder Schweinen kann man mit gutem Gewissen scharf kritisieren. Das deutsche Tierschutzgesetz besagt, dass niemand einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen darf. Der Profit aus zu engen Ställen ohne Tageslicht und Auslauf ist sicherlich kein vernünftiger Grund.

Doch den Tierrechtlern geht es in erster Linie gar nicht darum, die Lebensbedingungen gequälter Tiere zu verbessern. Sie sind auch keine Naturschützer, die sich um den Erhalt der Artenvielfalt sorgen. Ihr Ziel ist grundsätzlicher: Sie streben einen Wertewandel an: Militante Tierrechtler stellen Mensch und Tier auf eine Stufe.

Für Peta gibt es keinen Grund, Menschen rechtlich besser zu stellen als Hunde oder Heuschrecken. Der Mensch habe keine Sonderrechte, erklärt die Gründerin und Präsidentin der radikalen Tierrechtsorganisation, die US-Amerikanerin Ingrid Newkirk: „Eine Ratte ist ein Schwein ist ein Hund ist ein Junge.“

Newkirks Vasallen in Deutschland sind nicht weniger fanatisch. Peta-An-

PETA

Klein, aber erfolgreich

Peta erfreut sich auch in Deutschland wachsender Beliebtheit. Ihre aufsehenerregenden Kampagnen gegen Pelze – etwa mit der attraktiven Che-Guevara-Enkelin – provozieren, aber kommen an. Viele denken, es handele sich bei den Tierrechtlern um eine große Organisation. In Deutschland hat Peta zwar rund 20.000 Mitglieder (weltweit sind es rund zwei Millionen), betreibt aber nur ein kleines Büro mit etwa 25 Mitarbeitern in Gerlingen bei Stuttgart. Der eingetragene, gemeinnützige Verein Peta Deutschland wurde 1994 gegründet und ist eine Schwesterorganisation von Peta USA (gegründet 1980). Peta finanziert sich ausschließlich aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen und erhält keine staatliche Unterstützung. 2008 wurden insgesamt rund 1,5 Millionen Euro eingesammelt. Rund 390.000 Euro entfallen davon auf Personalkosten und Verwaltung, der Rest von knapp 1,2 Millionen Euro wird nach Angaben von Peta-Mitarbeiter Edmund Haferbeck für Programme und Projekte verwendet. Es werde mehr politische Arbeit für die Durchsetzung von Tierrechten geleistet als konkreter Tierschutz, erklärt Haferbeck.

Die Arbeit von Peta stützt sich auf vier Säulen: die Bekämpfung der Intensivtierhaltung, die Abschaffung von Zoos, Zirkussen oder Delfinarien, den Kampf gegen das Tragen von Pelzen und die Abschaffung von Tierversuchen. Kampagnen richten sich vor allem gegen große Unternehmen, darunter Fast-Food-Ketten wie McDonalds, Modefirmen und Kosmetikkonzerne. Peta beteiligt sich selbst nicht an Einbrüchen zur Befreiung von Tieren, arbeitet aber mit militanten Gruppen wie der Animal Liberation Front zusammen und veröffentlicht deren Filmmaterial. Peta spricht gezielt Jugendliche an, Mitarbeiter halten Vorträge vor Schülern und Studenten. Kritiker werfen der Organisation Heuchelei vor. Nach Angaben des Zentrums für Konsumentenfreiheit hat Peta USA zwischen 1998 und 2005 ausgesetzte Haustiere töten lassen – offenbar um Geld für deren Ernährung zu sparen. Während Peta von Einzelfällen spricht, berichten Kritiker von rund 14.000 getöteten Tieren.



Zwischen Tierschutz und Rechtsbruch: Bauplatzbesetzung bei Boehringer in Hannover.

Kann Westerwelle sein Wort halten? CDU dämpft Erwartungen

Ein konkretes Datum für eine Steuerreform soll es im Koalitionsvertrag nicht geben / Entlastungen für Familien noch nicht sicher / Volumen für Steuersenkungen ist begrenzt

VON MICHAEL M. GRÜTER

Berlin. Der Witz ist verärrerisch. „Wenn die Braut schon im Hochzeitskleid steht, dann sollte sich ihre Überraschung, dass sie auch geküsst wird, in Grenzen halten“, bemerkte jetzt ein CDU-Unterhändler mit Blick auf den künftigen Koalitionspartner FDP. Die CDU stimmt sich auf die entscheidende Woche der Koalitionsverhandlungen ein, als erwarde sie die völlige Hingabe des Partners.

Liberaler Politiker hatten zuvor die „schlimme Erblast“ der Großen Koalition beklagt, die den Spielraum für das Renommierverhalten der Liberalen, die große Steuerreform, einschränke. „Die FDP muss sich der Realität stellen. Ein konkretes Datum für eine Steuerreform wird es im Koalitionsvertrag nicht geben“, heißt es in der CDU-Zentrale. Schließlich könne niemand heute vorhersagen, wie sich die konjunkturelle Lage und die Haushalts-spielräume in den nächsten Jahren entwickeln würden.

Ohnehin sei ein Vorhaben wie eine Steuerreform kaum in einer Wahlperiode zu packen. Warum also nicht einen Plan erarbeiten, der über die nächste Bundestagswahl hinausreicht? „Steuersenkungen auf Pump“ werde es nicht geben, erklären gleich zwei CDU-Ministerpräsidenten sowie die FDP-Vizechefin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger. Auch die Erhöhung des Kinderfreibetrags auf 8004 Euro, von CDU- und FDP-Politikern schon als „Weihnachtsgeschenk“ in Aussicht gestellt, rückt in unbestimmte Ferne.

Eine Erhöhung des Grundfreibetrags für Kinder auf 8000 Euro koste 3,5 Milliarden Euro, heißt es in der CDU-Führungsspitze. Die Erhöhung des Kindergeldes von 154 auf 200 Euro monatlich schlage mit sieben Milliarden Euro zu Buche. Die FDP werde sich fragen müssen, ob sie den begrenzten Spielraum für Steuersenkungen so verbrauchen wolle. Drei Steuer-

stufen von 15, 25 und 35 Prozent hat die FDP jahrelang propagiert. Gestern sprach Westerwelle nur noch von „fairen Steuern, damit sich Arbeit wieder lohnt“.

CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla hält im Grunde sogar pure Unionspolitik für die Liberalen zumutbar. In ihrem gemeinsamen Regierungsprogramm hätten sich CDU und CSU für ein „niedrigeres, einfacheres und gerechteres Steuersystem“ ausgesprochen. Wenn die Vorstellungen der Union umgesetzt würden, wäre dem Gebot der Gesichtswahrung für die FDP Genüge getan. Natürlich weiß er, dass die Koalitionsverhandlungen zu einem anderen Ergebnis führen werden. Doch jeder Euro mehr soll hart verhandelt werden.

Die FDP reagiert kleinlaut. Der Finanzpolitiker Carl-Ludwig Thiele spricht von einer „verheerenden finanziellen Situation“, die in der Koalitionsrunde „erstmalig“ vom Kanzleramt eingeräumt worden

sei. Finanzminister Peer Steinbrück habe bislang nach außen den Eindruck erweckt, er spare. Doch Thiele und mit ihm die FDP können nicht wirklich überrascht sein. Im Entwurf des Bundeshaushalts 2010 und in dem Finanzplan für 2009 bis 2013, im Juli im Monatsbericht des Finanzministeriums veröffentlicht, wird die „strukturelle Nettokreditaufnahme“ des Bundes für 2010 auf 39,3 Milliarden Euro beziffert. Die Koalitionäre gehen mittlerweile von 30 Milliarden Euro strukturellem Defizit aus. Das heißt, Steinbrück hat die Lage noch schwärzer gemalt, als sie sich jetzt darstellt.

Die FDP hätte also genug Gelegenheit gehabt, ihr Wahlversprechen der Realität anzupassen. Doch bis zum Wahltag wollten die Liberalen von den engen finanziellen Spielräumen nichts wissen. Noch am 24. September versicherte Parteichef Guido Westerwelle auf dem Internetportal „abgeordnetenwatch“ einem Herrn Peter

Schütt: „Gern stelle ich noch einmal eindeutig klar: Die Union weiß, dass ich einen Koalitionsvertrag nur dann unterzeichnen werde, wenn darin ein niedrigeres, einfacheres und gerechteres Steuersystem fest vereinbart worden ist. Direkt nach der Bundestagswahl wollen wir mit der Entlastung der Familien anfangen. Dafür stehe ich persönlich. So wird das kommen.“

Die Verhandlungen in der Finanzarbeitsgruppe und der großen Verhandlungsrunde werden sich zunächst darum drehen, wie groß der Spielraum für Steuersenkungen sein soll. Die Union hat 15 Milliarden Euro in Aussicht genommen, die FDP 35 Milliarden. Kanzlerin Angela Merkel hatte vergangene Woche 20 Milliarden genannt, als Westerwelle vom Casus Belli, einem Kriegsgrund also, gesprochen hatte. Das Volumen der Steuersenkung kommt unter normalen Umständen zum Konsolidierungsbedarf hinzu. Die Koali-

tion müsste also 30 Milliarden Euro fürs strukturelle Defizit erwirtschaften plus 15 bis 35 Milliarden für Steuerentlastungen. Nur wenn die Krise anhält, lässt der Schuldenpendel der Verfassung dem Bund einen größeren Spielraum. Pofalla: „Wir gehen davon aus, dass auch die nächsten Jahre Krisenjahre sein werden.“

Für die FDP ist die Ankunft in der Realität heikel. Niemand hat so hart wie Westerwelle Wahlbetrug anderer Parteien geübelt. Auf dem FDP-Parteitag im Juni 2006 bezichtigte er die Union der „Umfalerei“ und die SPD der „Steuerlüge“. Bundestag und Bundesrat hatten soeben die Mehrwertsteuererhöhung von 16 auf 19 Prozent beschlossen, da hielt Westerwelle auf dem Rostocker FDP-Parteitag die Stunde der Abrechnung für gekommen. Die SPD habe sich an die Regierung „heranbetrogen“. „Sie wäre niemals in die Regierung gekommen“, wenn sie vor der Wahl diese Politik angekündigt hätte. An diesem Maßstab muss sich Westerwelle nun messen lassen.

Unionspolitik pur – aber die FDP wahr ihr Gesicht

Steinbrück hat die Lage schwärzer gemalt, als sie ist